

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 12. Februar 2016

Debatte um GOÄ

Reinhardt warnt vor neuer innerärztlicher Konfliktlinie zwischen Vertragsärzten und Ärzten in der stationären Versorgung

Der Vorsitzende des Hartmannbundes, Dr. Klaus Reinhardt, hat davor gewarnt, im Rahmen der anhaltenden Debatte um die geplante Reform der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) einen Keil zwischen den ambulanten Bereich und die Kliniken zu treiben. Das Ergebnis des Sonder-Ärztetages zur GOÄ nun so zu interpretieren, als habe sich hier „der Block der Klinikärzte“ gegen die Kolleginnen und Kollegen in der ambulanten Versorgung durchgesetzt, schaffe nicht nur unnötiges Konfliktpotential, sondern verkenne auch das eindeutige Votum der Delegierten.

„Wenn ein Deutscher Ärztetag mit rund 90 Prozent der Anwesenden den Kurs des BÄK-Vorstandes bestätigt, dann hat auch der ganz überwiegende Teil der niedergelassenen Vertragsärzte dieser Linie ihre Zustimmung gegeben“, sagte Reinhardt.

Die aktuell in der Öffentlichkeit ausgetragene Debatte um die Auslegung des Ärztetag-Ergebnisses überdeckt bedauerlicherweise, dass sich die Ärzteschaft in den entscheidenden Punkten einig sei, so Reinhardt. „Wir lehnen im Bereich der GOÄ jedes Budget ab, wir werden uns gegen jede Regelung wehren, die unsere Freiberuflichkeit tangiert und wir werden noch einmal ausführlich über die Kompetenzen der gemeinsamen Kommission diskutieren müssen, die aus meiner

HB-Pressestelle
Michael Rauscher (Leiter)
Andrea Reich (Sekretariat)

Tel.: 030 206208-11
Fax: 030 206208-14
E-Mail: presse@hartmannbund.de

Hauptgeschäftsleitung
Kurfürstenstraße 132
10785 Berlin

Internet: www.hartmannbund.de

Gläubiger-ID
DE48 1000 0000 3900 15
Deutsche Apotheker-
und Ärztekasse eG Düsseldorf
IBAN DE10 3006 0601 1201 0850 18
BIC DAAEDEDXXX
Ust.-Nr.: 27/620/56879

Sicht ein rein beratendes Gremium sein könnte“, so der Hartmannbund-Vorsitzende.

Was destruktive Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Arztgruppen bewirkten, lasse sich an den nicht enden wollenden, öffentlich ausgetragenen Querelen in der Kassenärztlichen Bundesvereinigung ablesen, so Reinhardt. Der politische Einfluss der körperschaftlichen Vertretung der Vertragsärzteschaft habe darunter erheblich gelitten.

Im aktuell sich ankündigenden Bundestagswahlkampf werde das Thema Bürgerversicherung mit Sicherheit in der gesundheitspolitischen Auseinandersetzung wieder ein zentrales Thema und eine Kernforderung der SPD, der Grünen und auch der Linken sein.

„Da zeichnen sich ganz andere Gefährdungen der ärztlichen Freiberuflichkeit und des unabhängigen Verhältnisses von Patient und Arzt ab. Eine Gefahr, die wir unseren Patienten, also damit auch den Wählern, nur glaubwürdig deutlich machen können, wenn wir bei aller notwendigen Diskussion nicht das Bild eines zerstrittenen Berufsstandes abgeben, dem offensichtlich der gemeinsame Kompass völlig abhandengekommen ist“, sagte Reinhardt. In solchen Zeiten sei konzertiertes und geschlossenes Handeln und auch die Fähigkeit zum Kompromiss oberstes Gebot.